

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleihungen nehmen die Ratsmitglieder und für Auswärtiges die Postbeamten entgegen. — Schriftart wortähnlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Rechtsanwaltskammer des Reichstags
Büro für Anzeigen und Recht und
Urgespräch des Reichstags, am
wichtigsten Anzeigen des Reichstags, Rechtsanwaltskammer des Reichstags,
amtliche Zeitschrift des Reichstags.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postleitzahl: Aue Leipzig Nr. 1010

Nr. 63

Freitag, den 14. März 1924

19. Jahrgang

Wahlaufruf der Demokraten.

Für Demokratie und Republik.

Der Reichspräsident hat auf Grund seines verfassungsmäßigen Rechtes den Reichstag aufgelöst. In Übereinstimmung mit der Reichsregierung will er Änderungen der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen, soweit diese Änderungen die Gefahr einer neuen Inflation heraufbeschwören, nicht zulassen. Ein neuer Reichstag soll gewählt werden. Die Wähler haben zu entscheiden, ob nicht die größten Opfer gebracht werden müssen, um die gesetzte deutsche Währung zu erhalten. Die Schrecknisse einer zerstörten Währung sind noch jedem deutschen Wirtschaftler, jedem deutschen Gehalts-, oder Lohnempfänger, jedem deutschen Haushalt in furchtbarer Erinnerung. Nachdem es unserem Vaterland Dr. Schacht gelungen ist, die deutsche Währung zu befestigen, muß eine neue Berrüstung unseres Geldwesens mit aller Kraft verhindert werden. Sie wäre ein unsagbares Unglück. Schwerste Katastrophen wären die Folge. In dem Streite zwischen gefährdeten Privatinteressen und dem gefährdeten Staatsinteresse stellt die Demokratie das Interesse des Staates in den Vordergrund. Wir müssen den Staat retten. Gerichtet das Reich, dann ist alles verloren.

Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei weiß daß sie in der schweren Arbeit des Reichstages ihre Pflicht erfüllt hat. Oft hat man uns nicht verstehen wollen. Eine Politik schwerer Opfer, eine Politik der harten Staatsnotwendigkeiten wurde von uns vertreten. Wir haben die Wirtschaft geschützt; aber die egoistischen Bestrebungen einzelner Berufsgruppen konnten von uns nicht berücksichtigt werden. Niemals waren die Parteilisten für uns ausschlaggebend. Hätten wir uns von ihnen beherrschen lassen, dann wären auch wir in die Opposition getreten, um mit der so unendlich leichten Kritik an all dem Schweren, das dem Volke auferlegt werden mußte. Stimmung für uns zu machen. Wir aber stellten das Vaterland über die Partei.

Nach der schweren Erschütterung, die der frevelhafte Kapp-Putsch dem deutschen Volke gebracht hatte, war der eben aufgeloßte Reichstag gewählt worden. Ein Versuch neuen Hochverrats, der durch den Münchner Prozeß in diesen Tagen grell beleuchtet wird, hat in den letzten Monaten die deutsche Sicherheit, die deutsche Einheit, den inneren Frieden bedroht. Rücksichtlos muß der Kampf gegen die Verbrecher geführt werden, die Bürgerkriegsgesinnung in das arme gequälte deutsche Volk hineinragen, und die die Bildung einer wahren Volksgemeinschaft durch eine schamlose Heile immer wieder unmöglich machen. Wir werden auch in Zukunft Klasse haß und Massen haß bekämpfen. Weil wir das tiefe religiöse Empfinden des deutschen Volkes erhalten wissen wollen, werden wir uns gegen jeden Versuch konfessionelle Zwietracht zu schaffen.

Wir haben die Weimarer Verfassung verteidigt. Deutschland ist eine Republik! Um den Staatsautorität willen kann der Kampf gegen die Republik oft in tapfloser Weise sogar von Beamten der Republik geführt, nicht ertragen werden. Um so dankbarer sind wir der großen Zahl verfassungstreuer Beamter, die in harter Arbeit der Republik gedient haben. Daß sich gerade gegen sie der leider notwendige Beamtenabbau mit besonderer Schärfe richtet, haben wir stets befürchtet und werden wir auch in Zukunft bekämpfen.

Das deutsche Volk muß begreifen, daß nicht die Lehren der äußersten Linken und der äußersten Rechten uns retten können. Wir brauchen eine starke Mitte, die bereit ist, ohne demagogische Phrasen in einem gerechten sozialen Ausgleich allen Volkschichten die für den Staat erforderlichen Opfer aufzuerlegen. Nur eine starke Mitte ermöglicht die Bildung einer starken Regierung und verhindert die Gefahr ständiger Krisen. Manches harde Wort wurde über den Reichstag gesprochen. Wenn er uns eine starke Politik nicht immer ermöglicht hat, so ist das in erster Linie Schuld derjenigen Wähler, die unzügiglich der Stimme der Vernunft, die von den Phrasen betrogen ließen, anstatt eine sichere Mehrheit der Mitte zu schaffen.

Die letzten Jahre haben bewiesen, daß jede Partei, die zur Übernahme der Verantwortung bereit war, die Verteilung der Demokratie einhalten mußte. Das ist eine starke Rechtfertigung unserer Politik.

Nomens der Deutschen demokratischen Reichstagsfraktion: Erich Koch (Weser). Anton Urkelenz. Dr. O. Haas.

Die französische Kammer vertagte mit 300 gegen 210 Stimmen einen Antrag, der die Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahner verlangte. Minister Le Troquer hatte die Vertrauensfrage gestellt.

Der Reichstag aufgelöst.

Gestern abend teilten wir durch eine Sonderausgabe die Meldung des Reichstags mit, daß der Reichspräsident den Reichstag aufgelöst habe. Das Telegramm lautete:

Berlin 13. März 1924. Nachdem der Reichskanzler nochmals die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Notverordnungen dargelegt hatte, verlas er folgende Verordnung des Reichspräsidenten:

Nachdem die Reichsregierung festgestellt hat, daß ihr Verlangen, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 18. Oktober und 8. Dezember ergangenen und von ihr als lebenswichtig bezeichneten Verordnungen zur Zeit unbedingt fortzuführen zu lassen nicht die Zustimmung der Mehrheit des Reichstages findet, läßt ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.

Die letzte Sitzung des Reichstages.

Die Tagessitzung der letzten Reichstagsitzung umfaßte nicht weniger als acht große Seiten; alles Unerledigte war auf ihr zusammengedrängt. zunächst wurde das Gesetz über die Golddiskontbanken zum zweitenmal beraten. Helferlich machte einige kleine Ausschüsse und bemühten vor allem die Eile, mit der dieses wichtige Gesetz noch verabschiedet werden soll; sein Antrag wird aber abgelehnt. Sodann werden das Reichspostgesetz und der Notezettel in dritter Lesung angenommen.

Dann folgt die erste und die zweite Beratung des von den Sozialdemokraten, dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten und der Bährischen Volkspartei eingebrochenen Antrages:

1. Für die Zeit nach der Auflösung bis zu den Neuwahlen dem Präsidenten und seinen Stellvertretern, sowie den Mitgliedern des auswählenden Ausschusses und des Überwachungsausschusses die Aufwandsentschädigung weiter zu zahlen. 2. Sämtlichen Mitgliedern des Reichstages das Recht der freien Eisenbahnfahrt einzuräumen. (Wo nicht etwa Verlängerung per Diäten.)

Auch dieser Antrag wird mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Ein Antrag aber, die Wahl schon am 12. April stattfinden zu lassen, wird abgelehnt, vor allem deswegen, weil dieser Termin viel zu früh ist.

Inzwischen war der Reichskanzler Marx erschienen, der das Wort ergriff. Er wies zunächst auf die Wichtigkeit der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen hin für die Erhaltung der Währung durch Vermelden einer neuen Inflation. Inauguration der Wirtschaft und Ausgleichung des Staats. Dieses Werk der Gesundung darf, kaum begonnen, nicht gestört werden. Dennoch seien Anträge auf Abänderung oder gar Aufhebung von der Opposition eingegangen, und die Opposition beharrte auf ihrem Entschluß, diese Anträge entweder sofort im Plenum des Reichstages zur Abstimmung zu bringen oder sie den Ausschüssen zur Beratung zu übergeben, was beides für die Regierung unannehmbar sei.

Der Reichskanzler führt dann fort: Es kommt hinzu, daß durch die Ausübung der innerpolitischen Verhältnisse allein schon durch die bevorstehenden Wahlen die Erörterung der Anträge zu den Verordnungen hier im Reichstag von Tag zu Tag mehr agitatorischen Charakter angenommen hat. Ungeachtet dieser Sachlage kann die Regierung eine weitere Verhandlung der für das Volk lebenswichtigen Frage hier nicht mehr zulassen. Da es nach den Verhandlungen mit den Parteien zweifellos steht, daß die Mehrheit des Reichstages darauf besteht, einen Weg zu beschreiten, der nach der Überzeugung der Reichsregierung das Volk ins Verderben führt, hält sich die Regierung für verpflichtet, die weitere Verhandlung über die Notverordnungen zu verhindern und die

Entscheidung des Volkes

selbst anzurufen. Das deutsche Volk muß sich jetzt entschließen, ob es mit uns in stiller, harter Arbeit Ordnung und Ruhe sichern, ob es den Weg ernster Pflichterfüllung weiter gehen will zu dem Ziel, unser bestreiteten Brüder an Ahdern und Stuße wieder mit uns zu vereinigen und Deutschland frei zu machen, oder ob es sich an halbwissen Verhandlungen und billigen Schlusworten berauschen, in wildem Drange nach trügerischen Zielen sich in Zwietracht zu zerreißen und in Hass erschwecken will. Die Reichsregierung stellt sich zunächst vor ihr Werk, das dem deutschen Volk nach den schweren Erschütterungen wieder Ruhe und Sicherheit gebracht hat, durch das die Währung erhalten und die Wirtschaft wieder in Gang gelegt werden ist.

Die Aufrechterhaltung gesicherter Verhältnisse in Deutschland ist auch die erste Voraussetzung dafür, daß

die deutsche Regierung das Rechte des Volkes bei den bevorstehenden Entscheidungen wahren kann, denen sie im Gewicht ihrer Verantwortung vor Volk und Geschichte, aber auch in voller Freiheit des Entschlusses gegenübersteht. Damit in dieser Sache das Volk entscheiden kann, hat die Reichsregierung beim Herrn Reichspräsidenten den Antrag auf Auflösung des Reichstages gestellt.

Daraus verlas der Webner die eigentliche Auflösung.

Die Zusammenfassung des aufgelösten Reichstags.

Der jetzt aufgelöste Reichstag verteilte sich mit 459 Sitzen auf die einzelnen Fraktionen wie folgt: Deutsche Volkspartei 87 Mitglieder, Deutsche Volkspartei 68, Deutsche demokratische Partei 89, Zentrum 65 und 3 Sozialdemokraten, Vereinigte Sozialdemokratische Partei 173, Bährische Volkspartei 19 und 1 Sozialist, Kommunistische Partei 18 und 2 Sozialisten, serner Bährischer Bauernbund 8 Mitglieder, Deutschböhmische Freiheitspartei 8, Deutsch-Hannoversche Partei 2, Unabhängige Sozialdemokratische Partei 2, bei keiner Fraktion 1 (Weißler).

Die Opposition in der Volkspartei.

Zur Sitzession der nationalliberalen Vereinigung erfuhr daß linksdemokratische „Acht-Uhr-Blatt“ vom Generalsekretär der Deutschen Volkspartei, Trudek:

Die Parteileitung ist von dem Vorgehen der Gruppe Ducas völlig überrascht worden. Der Reichsaußenminister Stresemann, der Führer der Partei, ist von dem Vorgehen der Partei im Vorauß nicht verständigt worden, sondern hat die offizielle Mitteilung dieses Schrittes erst nach seiner Vollerziehung erhalten. Nach den uns vorliegenden Stimmen aus dem Reichstag wird die Gründung mit außerordentlichem Erfolg beobachtet, weil sie so unmittelbar von dem Beginn der Reichstagswochen geschafft und gezeigt ist, die Anhänger der Partei zu verstoßen. Es besteht bei führenden Persönlichkeiten der Partei die Überzeugung, daß der Versuch gemacht werden wird, die Stresemann auszuschalten. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß die Parteileitung gegen die führenden Persönlichkeiten der Arbeitsgemeinschaft sich zu schärfstem Widerstand veranlaßt sieht.

Dagegen erklärt von der Opposition der Abgeordnete Weißler einem Mitarbeiter:

Unser Zusammenschluß richtet sich nicht gegen die Partei. Er bezweckt vielmehr nur eine klare Politik der Partei gegen jede Koalition mit der Sozialdemokratie. Wir erstreben mit aller Entschiedenheit den Bürgerkrieg und nehmen an, daß die Parteileitung sich mit uns in diesem Punkt solidarisch erklärt wird. Sollten uns von der Seite Schwierigkeiten auferlegt werden, ist damit zu rechnen, daß wir zu weiteren Konsequenzen schreiten werden.

Das Stresemannorgan „Die Zeit“ schreibt sehr zuversichtlich, daß die neue Gründung ebenso schnell wieder verschwinden würde, wie der seinerzeit gegen Weißler opponierende „altliberale Reichsverband.“

Der Parteivorstand lehnt ab.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hat in seiner gestrigen Sitzung zu den Veröffentlichungen über die Gründung einer nationalen Vereinigung der Deutschen Volkspartei Stellung genommen. Der Parteivorstand ist einmütig der Auffassung, daß es keiner Vereinigung von Parteimitgliedern bedarf, um in nationaler, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht an den Grundzügen der alten national-liberalen Partei, wie sie im Programm der Deutschen Volkspartei von 1919 zugrundegelegt sind, festzuhalten, da dieses Festhalten der Grundzüge der gesamten Partei entspricht.

Der Parteivorstand erachtet es als das selbstverständliche Recht aller Parteimitglieder für ihre Ansprüche innerhalb der Partei ihren ganzen Einfluß einzulegen, wie dies auch bisher geschehen ist.

Eine Sonderorganisation innerhalb der Partei ist aber für jede Partei unmöglich und untragbar, da sie die Geschäftsführung und damit den Erfolg ihrer politischen Arbeit gefährdet. Der Parteivorstand weist sich mit dieser Auffassung im Einverständnis mit den Parteifreunden im Lande.

Einstellung der spanischen Operationen in Marokko.

Mehr Meldungen aus Madrid sind alle Operationen der spanischen Truppen in Marokko eingestellt worden, um nach Angabe des spanischen Direktors einen günstigen Augenblick für ihre Wiederaufnahme abzuwarten. Das spanische Kriegsministerium demonstriert in scharfen Worten die Verhälte über schwere Verluste der Spanier bei Tiznit. Die meisten Gefallenen zählen zu den marokkanischen Hilfsstruppen.

Der „Daily Mail“ wird aus London gemeldet, daß zwischen Spaniern und Mauren bei Tiznit (?) ein heftiger Kampf stattgefunden hat. Die Spanier müssten schließlich den Rückzug antreten und blieben 108 Tote ein. Die Mauren haben gleichfalls große Verluste erlitten.

Kahr nochmals vernommen.

Kahr wurde am 12. März noch einmal vernommen und begann nun seinerseits einen Vorstoß gegen die Verteidiger, die die Behauptung aufgestellt hatten, er habe in einer Unterredung mit dem Justizrat v. Beschwitz und Professor Gittmann und dann ein anderes Mal mit dem Obersten v. Pflanzer über einen bevorstehenden Marsch nach Berlin gesprochen. Sowohl Pflanzer wie Gittmann hätten ihm geschildert, daß an diesen Behauptungen kein wahrer Wort sei.

Rechtsanw. Holl führte daraufhin an, der Baron von und zu Rusch habe in München bei den Bürgern am 20. Oktober eine Rede gehalten, in der er im Namen Kahr's erklärt habe, der Bruch zwischen Berlin und Bayern sei erfolgt; die Debatte müsse nun sein: Auf nach Berlin! Man ginge mit Hitler zusammen und der große Befreiungskrieg gegen das berebereite und verfaute Berlin beginne. Kahr erwiderte, daß er dem Baron einen solchen Auftrag nicht gegeben habe.

Darauf äußerte Rechtsanw. Holl: Um 9. November bin ich mit Kommerzienrat Benz in der Infanterieschule gewesen, wo wir v. Dossow sprachen. Dieser erklärte uns: Wir wollten ja einen Staatsstreich machen, nur über die Zeit waren wir uns nicht einig. Wir wollten noch 14 Tage warten und inzwischen die übrigen Wehrkreiskommandeure auf unsere Seite bringen. Ich schlage erst los, wenn ich 51 Prozent der Wahrscheinlichkeit für den Erfolg habe. Deden zw. Gyzellens am Ende Erklärung? — Kahr: Wenn diese Erklärung — was ich übrigens nicht glaube — so gegeben worden ist, und wenn sie im Sinne eines militärischen Wutches gemeint war, so rede ich sie nicht.

Holl richtete an den Generalstaatskommissar dann noch eine Reihe anderer Fragen, zum Beispiel auch über die Mitglieder des beabsichtigten Direktoriums und über den Zeitpunkt, der für das Intratretieren derselben ausreichen war. Kahr geht aber den meisten Fragen aus dem Wege. Er äußert sich auch nicht darüber, ob er Görhardt zu sich in das Generalstaatskommissariat gerufen habe. Von einem „Losschlagen“ will er überhaupt nicht gesprochen haben.

Weiter fragt sodann Rechtsanw. Röder: General v. Dossow hat bei der Ansprache der Reichswehr eine Rede gehalten: „Wir wollen weiterkämpfen unter der Flagge Schwarz-Weiß-Rot, wir wollen uns von den bestreitigen Machthabern in Berlin befreien, die unser Vaterland ins Unglück gestürzt haben.“ Entsprach diese Rede der Besprechung mit zw. Gyzellens?

Kahr: Ich lehne es unter Verufung auf mein Dienstgeheimnis ab, mich darüber zu äußern.

Rechtsanw. Röder: Der Hochverrat von zw. Gyzellens ist doch keine dientliche Angelegenheit. (Große Bewegung im Saal.)

Bor. (sehr scharf): Hier handelt es sich um den Hochverrat Hitler und Genossen.

Rechtsanw. Röder: Gyzellens haben in der Nacht vom 10. zum 11. November im Speisesaal der Kaserne des Regiments 19 gedroht: „Ich habe das gleiche gewollt wie Hitler, aber Hitler hätte noch ein bisschen warten sollen.“

Kahr schweigt.

Kahrs Vernehmung am Donnerstag.

Um gestrigen Donnerstag wurde in der Vernehmung Kahrs fortgesetzt. Rechtsanw. Gabermann fragte nach den Vorbereitungen, die für das zu errichtende Direktorium beraten worden seien. Kahr jedoch wußt allein diesen Fragen aus und betonte sogar, daß Dossow von einem Marsch gegen Berlin gesprochen haben könne, da er doch ganz genau habe wissen müssen, daß das ein Unding sei. Auch auf die Fragen des Oberstleutnant Kriebel gab Kahr keine klare Antwort, sodass Kriebel mit Besichtigung auf die Unterredung am

8. November schließlich ergriff in die Worte ausdruck: Meine Herren, der Marsch nach Berlin ist ein Unfall und ein Verbrechen, er führt zu einem zweiten Krieg 1866, er bringt uns die Franzosen, Polen und Tschechen und lädt die norddeutsche Reichswehr gegen uns ein.

Kahr antwortete darauf folgendes: Ich ging nur davon aus daß es sich um ein Vorgehen in Thüringen und Sachsen handelt. Wenn die Herren einen anderen Plan gehabt haben, so bestand ja Gelegenheit genug, sich im Generalstaatskommissariat zu erkundigen. Dann wäre Ihnen klar und klar gesagt worden, daß es Unfall wäre.

Die Sitzung vom 8. November.

Hitler: In der Hauptrede haben sich zw. Gyzellens am 8. November gegen die Hitlerleute gerichtet und nur nebenbei gegen den Willkürbund. Warum hat man ausschließlich gegen uns Stellung genommen? Warum hat man uns nicht klar und klar gesagt, daß es sich nur um ein Vorgehen gegen Sachsen und Thüringen handeln sollte? — Kahr: Die Herren Dossow und Seitzer haben ihre Stellungnahme ja Herrn Hitler klar dargelegt.

Hitler (sehr erregt): War der Anlaß zu jener Sitzung nicht der, daß ein Verband von sich aus vorzeitig den Staatsstreich durchzuführen wollte, den die Herren Kahr, Dossow und Seitzer in Aussicht hatten?

Kahr: Ich muß es entschieden ablehnen, daß wir einen Staatsstreich vorhaben. Hätten wir es tun wollen, dann hätten wir uns erst mit jenen Leuten auseinander setzen müssen, um diese zu fragen: Wie macht man solche Sache eigentlich? Es war klar und klar, daß das Unternehmen des Herrn Hitler ein Unding war.

Hitler (in steigender Erregung): Wir haben uns ja zusammengesetzt. Oberstleutnant Kriebel und die anderen Herren haben ja mit Dossow und Seitzer über die vorauszusehenden Grundlagen gesprochen. Bewegung.

Kahr: Ich halte das für ausgeschlossen. Sonst hätten Dossow und Seitzer mir davon Mitteilung gemacht. Es wäre ja eine völlige Umschwemmung dieser Herren gewesen.

Weiter kam die Versammlung der vereinigten Bevölkerungsverbände im Circus Krone am 14. September zur Sprache, wo Rechtsanw. Holl sagte, daß der Marsch gegen Berlin kommen müsse, worauf Bauer dasselbe verlangte. Kahr war damals zugegen. Er habe aber nichts davon verlauten lassen, daß der Marsch gegen Berlin Unfall sei. Kahr erwiderte, daß er damals nur ein Wort der Verhüllung gefunden habe. — Der Vorstehende stellte hierauf klar, daß Bauer, am 9. 2. vernommen, ausgefragt habe, der Marsch gegen Berlin hätte nur eine Verhüllung der separatistischen Einstellung bedeutet an einen militärischen Marsch habe er dabei nicht gedacht.

Weiter brachte Justizrat Schramm folgendes vor: In der Nacht vom 8. zum 9. November ist der Konsularvertreter einer auswärtigen Macht zu Herrn v. Kahr gekommen und hat ihn gefragt, ob er seiner Macht von dem Umsturz der Verhältnisse in Bayern Mittellung machen könnte. Auf die Frage des Konsularvertreters hat zw. Gyzellens Kahr die Einsetzung der neuen nationalen Regierung nicht dementiert. Er hat vielmehr dem auswärtigen Vertreter den Rat gegeben, von einer kauischen Grenzstation aus seine Regierung zu benachrichtigen. — Kahr: Davor ist mir nichts bekannt.

Justizrat Schramm: Es handelt sich um den italienischen Konsularvertreter. — Kahr: In der Nacht vom 8. zum 9. gingen so viel Leute bei mir ein und aus, daß ich mich dessen nicht mehr erinnere.

Rechtsanw. Röder: Sind Gyzellens in der Nacht vom 8. zum 9. nicht zur Übernahme der neuen Regierung begünstigt worden? — Kahr: Von wem soll

denn das gewesen sein? — Rechtsanw. Röder: Der Vertreter der italienischen Regierung hat Sie zu Ihrer Entschluß begünstigt. — Kahr: Wenn der Herr im Vorbeigehen einen Glückwunsch ausgesprochen hat so habe ich das vielleicht gar nicht einmal gehört. Ich kann mich heute der Einzelheiten in der Nacht nicht mehr entsinnen.

Rechtsanw. Gyzellens: Haben Gyzellens sich denn keine Gedanken darüber gemacht, welchen Eindruck im Ausland es machen würde, wenn bekannt wurde, daß Sie in der Nacht noch die Glückwünsche des Vertreters einer Großmacht unverdrossen entgegennahmen? — Kahr: Da würde mich doch gehütet haben, in dem Augenblick, in dem alles im Flug war, irgend einem Menschen zu sagen, wie es wirklich stand.

Von Stadt und Land.

Nr. 14. März.

Zur Frage des Lehrerabbaus.

Dem Ministerium für Volksbildung sind Klagen darüber zugegangen, daß der Lehrerabbau nicht nach einheitlichen Grundsätzen durchgeführt werde. Dies ist richtig, läßt sich aber mit Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse nicht vermeiden.

Der Abbau soll, soweit dies irgend möglich ist, nicht zu einer Zurückbildung des Schulwesens führen. Er muß sich also, soll dies Ziel erreicht werden, der Eigenart der einzelnen Schulgattungen anpassen. Die Einheitlichkeit der Wissensgrundlage, wie ein Teil der Lehrerschaft wünscht, würde zwecklos am besten gewahrt sein, wenn überall einfach die niedrigsten Lehrer abgebaut würden. Für einen solchen Abbau würde insbesondere der Umstand sprechen, daß die Höhte für den einzelnen durch das gleiche Los aller Lehrer über einer bestimmten Altersgrenze gemildert würde. Der Abbau streng nach dem Alter läßt sich indessen nur bei der Volksschule durchführen. Bei dieser sind die abzubauenden Lehrer den Lehrjahren noch in der Regel ersehbar, da alle Lehrer die gleiche Lehrbefähigung haben. Die Sache liegt anders in den Berufsschulen und bei den höheren Schulen. Hier muß daraus Rücksicht genommen werden, daß der Schule für diejenigen Lehrer die nötigen Lehrer erhalten bleiben, die von einer höheren Schule z. B. die Mehrzahl der Neusprachler oder der Mathematiker entzogen werden, wenn sie nicht ein geeigneter Erfolg besitzen läßt. Im Personalabbaus wird ja auch „der Wert der dienstlichen Leistungen nach Maßgabe des sachlichen Bedürfnisses“ als erster Maßstab für die Auswahl der auszuschiedenden Lehrer gegeben.

Bei den höheren Schulen werden nun weitere Unterschiede bedeutsam. Soweit die Schulen staatlich sind, steht für sie über das ganze Land Stellungsgemeinschaft. Für diese schwindet daher der Abbau nach der Altersgrenze stärker durchzuführen, da jüngere Lehrer in der Regel ohne große Schwierigkeit zum Fachunterricht herangezogen werden können. Eine Stellungsgemeinschaft zwischen den Städten besteht dagegen nicht, sobald der Fach bei den städtischen Schulen schwieriger ist. Von großer Bedeutung ist ferner die Zahl der Pflichtstunden, die den Lehrern an den einzelnen Schulen bisher aufgelegt gewesen sind. Nachdem dem Landtag vorliegenden Gesetzentwurf sollen alle Lehrer an den höheren Schulen — von bestimmten Einschränkungen im Einzelfall abgesehen, — fünfzig 20 Pflichtstunden in der Woche geben. In dieser die Zahl der von den Lehrern bisher gegebenen Pflichtstunden unter der Zahl 20 liegt, um so mehr Lehrkräfte werden für den Abbau frei. Bei den staatlichen Schulen sind die Lehrer im allgemeinen nicht bis zu der zulässigen Höchstgrenze — bisher 24 Wochenstunden — befähigt gewesen, ebenso nicht bei einer Reihe Städten. In anderen Städten dagegen haben die Lehrer im allgemeinen die höchste Höchststundenzahl erreicht. In diesen Städten ist insbesondere nur ein geringer Abbau möglich, weil eben durch Erhöhung der Pflichtstundenzahl auf 20 nur wenige Stunden gewonnen werden. Diese Verschiedenheiten bringen es mit sich, daß bei den staatlichen Schulen der Abbau im allgemeinen größer sein muss, als bei den städtischen und daß bei ihnen fast alle über 60 Jahre alten Lehrer abzubauen

„Danke“, wiederholte die höhere Stimme, und ein gespannter Blick hing suchend an des Bachvogts Gesicht. Dieser beachtete es nicht. „Ich habe Euch die Saitung mitgebracht, wollt Ihr sie lesen?“

„Nein. Mich kümmert nichts mehr, was Ihr draußen tut. Bin für euch auch tot.“

„Wenn das Euer Werk ist.“ antwortete Mathes langsam, „so gebt mich frei und lasst mich leben.“

„Du willst den Vertrag kündigen? Das gleicht dir nicht, Bachvogt.“

„Was soll Euch mein Schweigen nützen, da Ihr den Welt doch nichts mehr nachfragen?“

Heer kallte die Faust über dieser tödlichen Gleichgültigkeit: die Lippen, welchen Knöchel schimmerten durch die Haut. Über er schalt nicht, sondern sah wieder mit einem sonderbar hungrigen Blick zu Mathes hinauf. Über sein Schein von Wärme begegnete ihm in den rengen Augen. Da antwortete er feindselig: „Wie zum letzten Augenblick sollst du mir dein Wort halten, wie du es deiner Mutter hätest.“

Der Bachvogt wandte sich von dem Kranken ab, als quälte ihn sein Unheil.

Heer lächelte und wiederholte: „Wie du's deiner Mutter hätest. Ich hab's auch um dich verdient.“

Heer schafft ein anderes Recht zwischen uns. Die Schande erträgt ich nicht, die Ihr mir zumutet. — die Schande vor mir selber. Ich bin nicht der Mensch danach. Bestochen habt Ihr mich — bestochen!“

Die anfangs halslaute Stimme hatte sich erhoben, sie sprach mit einer rauen Gewalt, einem Verbordenden Sohn, und so schwer fiel ihm die Bitte, daß seine Stirn glühte. Wie hatte Heer ihn so getrieben. Bestechen — sich bestechen lassen, das ist eins wie das andere. Nehmen willst du gern, aber nichts leisten. Das macht dich reich, das ist. Für ein gutes Gewissen mußt du selber sorgen, liegt die so viel daran.“

Mathes antwortete nicht; er sah nur mit brennenden Augen auf den Kranken hinab, der immer nicht sterben wollte.

(Fortsetzung folgt.)

Die rote Wand.

Schweizer Roman von Nelly Gwidy.
Amerikan. Copyright 1923 by Lit. Bur. M. Lincke, Dresden 21.
(17. Fortsetzung.)

„Den Buben nehmen wir beide zu uns,“ erklärte der Bachvogt seiner Braut, ohne dem Schwiegervater zu antworten.

„Den Hans, den halbwüchsigen Buben?“ rief sie erschrocken.

„Und wenn er so dumm wäre wie der Hehl, so nehmen wir ihn. Für Kinder mit so zahlungsfähigen Verwandten ist sein Platz in der Unstalt.“

„Über ich will ihn nicht, Mathes, ich mag den Buben nicht leiden.“

„Ich auch nicht; aber es ist jetzt so.“

In diesen Worten war etwas Selbstverständliches das jede Erwiderung abschnitt.

„Red' ihm nur nicht drein, Julie,“ mahnte die Mutter mit vorsichtiger Freundlichkeit, „er kann sich in dem Buben einen billigen Knecht aufziehen.“

Das war auch wieder richtig. Mathes selber hatte noch nicht einmal daran gedacht. Mit den Leuten da konnte man überhaupt nicht rechnen; man befahl oben gehorchte. Es kam ihm in den Sinn, wie seine Schwiegermutter ihn vor dem vergangenen Herbst behandelt hatte: Dem Arbeiter hatte sie die Nachzeit so knapp als möglich bemessen und ihm kaum ein paar Worte gegönnt. Seit sie den alten Heer hinter ihm sah, wagte sich selten ein Widerspruch über ihre Lippen. Und das Beste war gut genug für den lieben Mathes. Dieser Wechsel war ihm verständlich; aber er redete wenig mit der Schwiegermutter.

Julie ging hinaus, Trost und Mutter in jedem Augenblick ihres Gesichts. Der Sohn des Hauses unterdrückte die unbehagliche Stille der Burghöfelebenden. „Gieß' einmal her, Mathes. Die Rechnung stimmt nicht, du kannst es besser.“

Glut tat ihm den Gefallen, warf einen Blick in

das ungeschickt geführte Buch, löschte die Kreideschrift mit dem Kerzen aus und machte, jogleicht bei der Sache, den Fall mit wenigen Bahnen und Worten klar. Jetzt herrschte das beste Einvernehmen. Über Julie kam erst aus ihrer Kammer herab, als sie hörte, daß Mathes gehen wollte. Im dunklen Haugange stand sie plötzlich neben ihm und flüsterte ihm zu, als ob sie sich des Nachgebens lädt: „Ich will es dir zuliebe tun und den Hans nehmen.“

Als Mathes hinzog, stoben die Glößen aufs neue in endlosem Tanz. Der Wind segte sie aus dem nächsten Gewölle durch die Tiefenschlucht herab, warf sie in Wällen über den Weg, neigte das Dach in der Hinterne und machte das Steigen selbst für den Bergewohnten Mann zur mühseligen Arbeit. Es war tobend. Kein Licht vom Tale drang durch das Schneetreiben, kein Dau aus dem schlafenden Dorf. Der Fuchs heulte wieder im Walde auf, bald hier, bald dort, hungrig und ruhelos die Nacht durchzog. Er suchte etwas. Wo war jetzt der Wendel? . . .

Mathes trug Abel Brots auf dem Rücken, das eine hatte ihm Heero Knecht samt der Zettung mitgegeben um selbst im warmen Bäckerhaus bleiben zu können; dem Knecht ging es ja im gleichen. Endlich schimmerte ihm das Licht entgegen, daß dem Kranken bis zur Morgendämmerung leuchten mußte. Mathes pochte laut an die Tür. Niemand öffnete, nicht einmal der Hund ließ sich durch ihn stören. Er rüttelte ungeduldig am Schlosse; aber zugleich rüttelte der Schneesturm an den Fensterläden. Nur der Kranke selbst, der schlaflos im Lehnsstuhl saß, hörte ihn. Der schleppste sich mühsam zur Haustür und schob den Riegel zurück. Der eisige Duftzug blies ihm die grauen Haare um die Stirn.

„Mach' schnell, daß du herein kommst,“ rief er heiser. Eilig holte Mathes hinter sich ab, nahm den gebrechlichen Körper auf die Arme und trug ihn in den Lehnsstuhl zurück. „Ich danke,“ sagte Manuel, ben dies zu freuen schien, du sagst mich anders an als mein fauler Knecht. Nun gib mir Wasser.“

Glut füllte das Glas und reichte es ihm schwiegend. Die sattgebrachte Knechtin hatte sich auf den Lehnsstuhl gesetzt und sah den Kranken an, der immer nicht sterben wollte.

(Fortsetzung folgt.)

find. Diese Ungleichartigkeiten nach Möglichkeit auszugleichen, ist das Ministerium für Volksbildung bemüht. Eine volle Gleichmäßigkeit wird sich aber bei der vielfältigen Verschiedenartigkeit der Verhältnisse nicht erzielen lassen.

Oberstudiendirektoren sind bisher nur in einigen Fällen in den Ruhestand versetzt worden. Es erschien wünschenswert, doch gerade für die Anpassung der Schulen an die durch den Bau eintretenden Veränderungen die Erfahrungen der bisherigen Schulleiter noch nutzbar gemacht werden. Vielmehr wird auch von ihnen in den nächsten Monaten noch eine entsprechende Anzahl in den Ruhestand zu treten haben.

Im Landtag wurde zunächst vom Präsidenten Wintler mitgeteilt, daß ein Sparauschlag eingezogen worden ist. Die Einführung der Sommerzeit, die von den Demokraten (Kastner) beantragt worden war, findet Ablehnung. Sabath beschäftigte sich das Kollegium mit dem Verbot des Waffenführers der Militärveterane und der Erteilung von Waffenchein. Die dahingehende Beschränkung des Militärveteranenbundes wurde abgelehnt, ebenso der Antrag auf Erteilung von Waffenchein. Ein deutschnationaler Antrag auf Aufhebung des Verbotes der Deutschösterreichischen Freiheitspartei und der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei für Sachsen ging an den Reichsausschuss. Gleich beschäftigte sich der Landtag mit den 10 Anträgen und Anfragen der Kommunisten und Sozialisten über die Maßnahmen der Reichswehr.

Deutschösterreichischer Volksbegehrensantrag auf Landtagsaufzwingung. Von deutschösterreichischer Seite sind Unterschriften für ein Volksbegehren auf Landtagsaufzwingung in Sachsen gesammelt worden. Die Vorbereitung und die Prüfung der Unterschriften sind jetzt so weit geblieben, daß in den nächsten Tagen mit der Einreichung des Antrages bei der Regierung zu rechnen ist. Als Antragsteller tritt ein sogenannter Österreichischer Block auf, der sich an Stelle der verbotenen Deutschösterreichischen Freiheitspartei gebildet hat. Die Deutschösterreichischen stehen in keinem Zusammenhange mit diesem Österreichischen Block.

Antritte für verweigerte Annahme von Papiergebühren verschlagen. In der Zeit des stärksten Papiermarktaufwands und des Übergangs zur Goldmark haben vielfach Händler, Fabrikanten und Landwirte die Annahme von Papiermark übergelebt, entgegen der bekannten Verordnung. Mit Rücksicht auf die damaligen wirren Verhältnisse hat kürzlich das preußische Justizministerium Richtlinien an die Staatsanwaltschaften erlassen, wonach noch nicht abgeschlossene Strafverfahren einzestellt, bei Verurteilungen über die Benachrichtigung von Gnadenbeschaffungen in sichere Aussicht gestellt werden soll. Auf Grund dieser preußischen Maßnahmen sind, wie Dresden gemeldet wird, die sächsischen Handelsstädte beim Justizministerium in Dresden vorstellig geworden, um eine entsprechende Regelung auch für Sachsen zu erwirken. Sicherem Vernehmen nach sind denn auch Richtlinien hierüber in Kürze zu erwarten. Sie werden sich auch auf die Strafanlagen auf dem Gebiet der Bucherbelämpfung erstrecken.

Dr. Müll demokratischer Spitzenkandidat für Ostholstein. Wie wir erfahren, wird die Demokratische Partei im Wahlkreis Ostholstein ihren bisherigen Vertreter Bürgermeister Dr. Müll, Dresden wieder als Spitzenkandidaten aufstellen. Die Aufstellung der Kandidatenliste erfolgt am 30. März.

Kommunisten als Bürgermeister. Der Kreisausschuß Leipzig beschäftigte sich u. a. mit der nachgezogenen Bestätigung des zum Bürgermeister von Penig gewählten Kommunisten Schaaßmichl. Kreishauptmann Lange empfahl, die Wahl nicht zu beanstanden, da von Schaaßmichl, obwohl er Kommunist sei, nicht bekannt sei, daß er, wie es in Wurzen geschehen ist, erklärt habe, seinen Beruf darin zu sehen, die Gemeindeorganisationen zu zerstören. Wegen seiner politischen Überzeugung allein könne ein Bürgermeister nicht beanstandet werden. Der Kreisausschuß bestätigte hierauf einstimmig die Wahl Schaaßmichls.

Interesse erregte die Meldung, daß die Peniger Einwohnerschaft nicht geneigt ist, ihren neu gewählten kommunistischen Bürgermeister mit der Ausübung der Polizeigewalt zu betrauen, denn sie beschloß, die Polizeiaufgaben einem anderen Ratsmitgliede, einem gesetzkundigen Amtsratsrat und Nichtkommunisten zu übertragen.

In derselben Sitzung des Kreisausschusses lag noch ein Bestätigungsgebot für einen anderen kommunistischen Bürgermeister im Regierungsbezirk Leipzig vor. Da dieser aber mehrfache Vorstrafen verbüßt hat, die nichts mit der Politik zu tun haben, wurde die Beratung über diese heile Angelegenheit in die nichtöffentliche Sitzung verwiesen.

Zum Belznerprozeß. Wie mitgeteilt wird, umfaßt der Strafprozeß gegen Dr. Belzner 6 Fälle, in denen die Staatsanwaltschaft glaubt, den Angeklagten überführen zu können. Die erste Angeklage, ausgehend von dem Leipziger Rechtsanwalt Dr. Meißner richtet sich gegen Möbius. Ein vom Buchberger verurteilter Landwirt Brandt hatte durch Dritter ein Gnadenbeschaffungserfordernis, worauf, trotz des Widerstandes des Staatsanwalts, die Begnadigung im April 1922 erfolgte. Meißner hat im November 1923 Strafanzeige gegen Möbius erstattet. Bei der Ausrollung dieses Falles kam weiteres Material gegen Belzner und Tagessicht. Belzner scheint nicht nur Geld von Brandt bekommen zu haben, sondern auch jene berühmte Gang und Wehr. Ein zweiter Fall betrifft die Beweisung von Brillanten. Von einem Dritten, einem Ukrainer, hat Belzner einen Posa erhalten, den er aber wieder zurückgeschickt haben will. Gang besonders bedeutungsvoll ist, daß Belzner einmal zu Gunsten eines Verurteilten einen unzutreffenden Vermerk in die Akten geschrieben hat. Belzner hat übrigens verloren, die ganze Sache so dargestellt, als wenn er ein willensloses Werkzeug in den Händen des Möbius gewesen sei.

Die Verhandlungen beginnen, wie schon mitgeteilt, heute. Dr. Möbius glaubt, in zwei Tagen damit fertig zu sein.

Nieberg legt die Verteidigung Belzners nieder. Nachdem schon vor einiger Zeit der Leipziger Rechtsanwalt Dr. Grätz die Verteidigung seines Parteigenossen Dr. Belzner in dem am Freitag anstehenden Verleumdungsprozeß niedergelegt hat, ist jetzt unmittelbar vor Beginn der Hauptverhandlung auch der bekannte Berliner Rechtsanwalt Dr. Ulster gegen die Verteidigung zurückgetreten. Gründe für diesen überraschenden Schritt sind nicht angegeben worden. Die Verteidigung Belzners ruht jetzt nur noch in den Händen des Leipziger Rechtsanwalts Marschner.

Wahlvoraussetzung am 18. März. Die Wahlvorschläge zu der Wahl der 8 unbesoldeten Ratsmitglieder, 4 Männer, sind rechtzeitig eingegangen; so genügen alle den gesetzlichen Vorschriften. Für die Liste der Sozialdemokraten werden 8 Stimmen, der Kommunisten 6 Stimmen, der SPD 10 Stimmen, der Hausbesitzer 3 Stimmen abge-

geben. Aus dieser Wahl ergibt sich: die Liste II (SPD) erhält 1 Stimme, 1 Abstimmung. Liste I (Kommun.) 1 Stimme, 1 Abstimmung, Liste C (Bürgerl.) 2 Stimmen, keine Abstimmung, Liste D (Hausbesitzer) auf die 8 Abstimmungen 1 Stimme. Zwischen und B, die beide je eine Abstimmung haben, entscheidet das Los für die Kommunisten. Als unbesoldete Ratsmitglieder sind somit gewählt I. Ab. Hirthe; II. O. D. Wilhelm Bräuer, Goldig; C. Röhrer, Wehlhorn; D. Schied.

Sonnenaufgang am 16. März 6.18. Sonnenuntergang 6.02, Mondaufgang 11.52 vormittags, Monduntergang 2.45 nachts.

Von den Auer Lichtspielbühnen.

In den Apollo-Lichtspielen rollt ab Freitag bis Sonntag (14. bis 17. März) das neueste Film-Singspiel: „Ich habe einen Kameraden“. Der Film zeigt Bilder aus Deutslands schwerster Zeit 1809—1813, die mit der heutigen Rheinlage viel Ähnlichkeit hat. Diese Geschehnisse bieten den wertvollen Hintergrund und Rahmen zu einer ergreifenden Liebes- und Freundschaftsgeschichte. Die Handlung beginnt mit heiteren Studentenleibern am Neckarstrand und endet mit den Liedern des Freiheitskämpfers Theodor Körner. Prächtige wohlgelungene Aufnahmen von Heidelberg und Dinkelsburg in Bayern umfassen das Spiel, das auch den anspruchsvolleren Kinobesucher voll befriedigen wird.

Carolathéater-Lichtspiele. In der gegenwärtigen Vorführung des großen amerikanischen Films „Mit Auto und Kamera zwischen afrikanischen Großwild“ sind die Rekonstruktion einer wissenschaftlichen Jagdexpedition im Jahre 1919 niedergelegt, welche die Aufgabe hatte, für Museumszwecke gewisse Teile von Afrika zu durchqueren und den dortigen Tierstand vor das Objektiv der Kamera zu bannen. Diese Aufgabe ist glänzend gelöst worden und so ist denn dieser Film ein Lehrfilm allerersten Ranges, der aber nicht nur in zoologischer, sondern auch geographischer und ethnologischer Hinsicht höchste Beachtung verdient. Es würde zu weit führen all die Tierarten aufzuführen, die in diesem Film festgehalten sind; jeder der ihn sieht, wird staunen darüber, wie bunt und wie vielfältig die afrikanische Tierwelt ist. Alt und Jung, jeder Gebildete, sollte diesen Film besichtigen, und auch diejenigen, die sonst dem Kino fernbleiben, müßten die Carolathéater-Lichtspiele aufsuchen. Als Beiprogramm läuft ein Sensationschläger „Cyclone, die Helden der kalifornischen Berge“, der ebenfalls viel Beifall auslöst.

Schneeberg. Ein Muster-Stadtverordneteter. Der seit drei Tagen bei der hiesigen Installationsfirma Weißel beschäftigte Schlosser Paul Wünsch hatte im Auftrag seiner Firma in der Metallwarenfabrik Woeninghoff und Co. Installationsarbeiten auszuführen. Bei dieser Gelegenheit hatte er in einem Zimmer zu tun, in welchem sich ein Schrank mit silbernen Löffeln befand. Er veranlaßte den Lehrling, an der Tür aufzupassen und stahl dann mehrere Löffel. Durch einen Aufall wurde der Diebstahl noch in der Fabrik entdeckt und Wünsch zur Rebe gestellt. Er schob zuerst die Schuld auf drei bei der Firma Woeninghoff beschäftigte jugendliche Arbeiter! Diese verwarf sich aber gegen die Verdächtigung und schließlich gestand W. den Diebstahl ein. Wünsch ist Führer der hiesigen PSD und Stadtverordneteter. Er war sogar für den Posten des stellvertretenden Bürgermeisters in Aussicht genommen. Die Kommunisten wissen doch immer die geeigneten Männer der Tat zu finden.

Bodau. Gemeinderatsitzung am 12. März. Aus der Tagesordnung seien als wichtigste Punkte hervorgehoben: 1. Der Beschluss, ab 1. April die kostenlose Totenbestattung einzuführen und den Verwaltungsausschuss mit der Ausarbeitung des dazu nötigen Ortsgesetzes nach einem vorliegenden Musterentwurf zu beauftragen und 2. der Vorschlag des Gemeindeverordneten Unger, durch monatliche Spartenbeiträge aller Einwohner in Höhe von mindestens 1 Pf. die Mittel zu dem so dringend nötigen Wohnhausbau aufzubringen. Ein sofort gewährter Ausschluß, dem als Mieter Unger und Seidel, als Haushalter Arno Bräuer und Rich. Humann zugewöhnt wurden, soll die nötigen Vorarbeiten leisten, um Sonntag, den 28. März einer öffentlichen Einwohnerversammlung zu berichten, die dann zu den Plane Stellung nehmen wird. Wölke dem guten Gedanken reich Unterstüzung und baldige Verwirklichung beschieden sein.

Elbenstock. Festgenommener Schwindler. Seit einiger Zeit treibt hier und in der Umgebung ein Schwindler namens Steinbach sein Unwesen. Er wendet sich an völkische Kreise und behauptet, früher Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gewesen zu sein und will wegen seiner Verdächtigung in dieser Partei verfolgt sein. Es ist ihm gelungen, in mehreren Fällen auch Geld zu erlangen. Nunmehr ist der Betrüger hier festgenommen worden.

Silberstraße. Vom Hause überfahren. Am Dienstag, abends 27 Uhr starzte ein Mann von 30 bis 35 Jahren von der Bahnhofstraße auf einen vorüberfahrenden Zug. Er fiel auf die Buhne und wurde dann vom Zug tödlich überfahren. Die Polizei wurde gleichzeitig stark verstimmt. Es handelt sich um einen noch nicht ermittelten Mann.

Dresden. Vor den Zug geworfen hat sich am Donnerstag früh ein hiesiger 17jähriger Konditorlehrling zwischen Rosen- und Freiberger Straße, um sich überfahren zu lassen. Er ist von den Bläumern eines Jungen erfaßt und zur Seite geschleudert worden, wodurch er am Hals so schwere Verletzungen erlitten hat, daß sein Tod sofort eingetreten ist. In einem hinterlassenen Briefe gibt er als Grund zur Tat Lebensüberdruck wegen Unzufriedenheit in seinem Berufe an.

Alttau. Schwere Autounfall. Ein schwerer Autounfall, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich gestern Abend gegen 18 Uhr auf der Neustadtstraße. Als das Auto eines hiesigen Spediteurs die Kreuzung bei der Gasanstalt passierte, verlor die 17jährige Tochter Nietschke kurz vor dem Wagen die Straße zu überqueren. Sie wurde dabei von dem Auto erfaßt, umgedreht und erlitt eine so schwere Schädelverletzung, daß sie noch in der Nacht im städtischen Krankenhaus ihren schweren Verletzungen erlag. Nach Begegnungen soll die Unglücksfälle direkt in das Auto hineingelaufen sein.

Gerichtszaal.

Haagervernehmung im Parchimer Prozeß. Im weiteren Verlauf der Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof verurteilte das Gericht den ersten Zeugen. Der Parchimer Kaufmann Paul Stauffe war zur Zeit des Morde Rassenwahl bei

Deutschösterreichischen Freiheitspartei und später Vorstandsmitglied. Er sagt aus, er habe mit Horowitz über Sabows Unterstellung gesprochen. Horowitz habe dabei erklärt, daß Horowitz dies nicht abarbeiten. Es wäre besser, ihm eine Tugend Präge zu geben. Im Außenhof hatten die Freunde von der Spionagedeaktivität Sabows erzählt und dessen Papier gezeigt, u. a. eine Mitgliedskarte der Kommunistischen Jugendgruppe in Wismar. Der Zeuge will von der Prüfung abgesehen haben. Am Morgen nach der Verhandlung sei Jurisch bei ihm gewesen und habe gesagt: Sabow hat ein Loch im Kopf. Der Witzangestellte Jurisch bestreitet dies und behauptet, dem Zeugen den Tod des Sabow mitgeteilt zu haben. Der Zeuge Erich Wiegner sagt aus, es sei allgemeines Gespräch gewesen, daß Sabow hätte verprügelt werden sollen. Der Zeuge ist auch im Außenhof gewesen, behauptet aber, stark angetrunken gewesen zu sein und deshalb die Fahrt nicht mitgemacht zu haben. Auf der Rückfahrt von der Wiese habe der Sabow zu jedem im Gedächtnis des Jagdwagens gelegen. Auf Vorhalten des Präsidenten gibt Wiegner an, man habe ihm gesagt: Wir fahren in den Wald und wollen ihn vergreifen. Der Zeuge Walter Heise ist dazugekommen, als auf dem Gutshof der Wagen gewaschen worden. Auf seine verwordnete Frage, warum man dies nach vorne habe, hätten die Angeklagten geantwortet, ein Schuß ist geschossen worden. Hebel habe ihm später gestanden, er habe Sabow erschossen. Bei der Konfrontierung mit Hebel leugnet dieser hartnäckig. Die Verhandlung wird fortgesetzt.

Neues aus aller Welt.

Eine Nichte v. Reichmann-Hollweg verschwunden. Eine Nichte v. Reichmann-Hollweg verschwunden. Die 20jährige Nichte des früheren deutschen Reichstagsabgeordneten Reichmann-Hollweg, die von Beruf Schauspielerin, sich seit einiger Zeit bei der Familie eines Budapester Fabrikdirektors aufhält, ist spurlos verschwunden.

Die Radiointeressen auf der Nordischen Messe in Kiel. Neben den funktechnischen Einrichtungen für Schiffe auf der Nordischen Messe in Kiel von sehr in der Abteilung Schiffsausrüstung vertreten waren, nimmt die Radiointeressen auf der diesjährigen Frühjahrsmesse eine besondere Bedeutung ein. Für ihre Zwecke wurde der große Bühnensaal des Hauses Germania bereitgestellt, der neben ausgewählten Ausstellungsräumen zugleich die Möglichkeit praktischer Vorführung des Funkgerätes bietet. Die Abteilung Radiomesse wird also einen besonderen Anziehungspunkt auf der Nordischen Messe bieten, zumal die Ausstellungsbauten gegenüber dem Weinhof und dem Verwaltungsbau liegen.

Belgisches Kriegsgerichtsurteil. Das Kriegsgericht der belgischen Besatzungsmacht verurteilte die Deutschen Klar und Grunert unter der Beschuldigung, an dem Inspektor der militärischen Sicherheitspolizei Det einen Mordversuch begangen zu haben, zu 10 Jahren Gefängnis.

Zum Bombenanschlag in Altena. Wegen des Bombenanschlags gegen die britische Gesandtschaft ist der Polizeipräsident von Altena seines Amtes entsezt worden. Für die Entdeckung des Schuldigen wurde eine Belohnung von 50 000 Reichsmark ausgesetzt.

Ein Frauen-Protest gegen den Harem. In Konstantinopel fand eine große Frauenversammlung statt, in der die sofortige Auflösung der Harem verlangt wurde. Den ungünstigen Eindruck, den die Absetzung des Kalifen hervorgerufen hat, läßt nach Konstantinopler Meldungen die Angora-Regierung völlig falt. Man sagt dort, daß die Befestigung des Kalifats mit der moralischen Einigung aller Moslems identisch sei.

Letzte Drahtnachrichten.

Die erste Hälfte der Goldbündenkämme gesichert.

Berlin, 14. März. Wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, ließen gestern der Berliner Banken sowie der Großbanken in der Provinz zu dem Garantiekonsortium für die Utensilien der Goldbündenkämme in solchem Umfang ein, daß Unterbringung der ersten Hälfte der Goldbündenkämme für welche die deutsche Bankwelt in Betracht kommt, gesichert ist.

Zum Bremer Hafenarbeiterstreik. Bremen, 18. März. Im Streik der Arbeiter in den hiesigen Häfen sind bisher keine Veränderungen eingetreten. Die Verhandlungen mit den Gewerkschaften und die Entlastung der Dampfer mit leichtwerblichen Waren sind ergebnislos verlaufen. Demgegenüber wird morgen die technische Nothilfe zur Übernahme dieser Arbeit eingezogen. In den Häfen ist es bisher zu keinen Zwischenfällen gekommen.

Kirchennachrichten.

St. Nicolai.

Reminisceere, 10. 8.; 9. Hauptg.: D.; 11. Kinderg. I.; Dc.; 12. Jugendg. des 8. Bez.; — Entlastung des Jahrganges 1921—; D.; 13. Taufg.: D.; 5. Abendmahlsgottesdienst, insbes. d. Konfirmation und deren Umgehung bei 2. Bezirk; Dc. Abend 7. Jungfr.-Ges. Für Taufsumme: mittags 12. Abendmahlsgottesdienst; L. Dienstag, 8. Taubeverein.

Gießenkirche.

Sonntag Reminisceere. 9 Uhr: Hauptg. Kinderchor. Beichte und Abendmahl. Mittwoch, 9. März, 9 Uhr: Opt.-gottesdienst. Kinderchor. B. 11 Uhr: Kindergottesdienst. 8 Uhr: Abendgottesdienst. Beichte und Abendmahl. Donnerstag, 8 Uhr: Kirchenkonzert blinder Künstler. Freitag: Christi. Verein junger Männer.

Neuapostolische Gemeinde Aue (Kapelle Schneeborn, Sie. 74). 9 Uhr vorm. Hauptgottesdienst, 11 Uhr Kindergottesdienst. 8 Uhr abends. Gottesdienst. Mittwoch abends. 8 Uhr Evangelisation. Freunde und Freiwillige sind herzlich willkommen.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Goldmann. **Druck u. Verl.**: Aue Druck u. Verlagsgesellschaft, m. d. S. H. **Umschlagblatt** der Hausfrau ist für alle Frauen ein geistreicher Haustischkalender. Besonders der große Schnittmusterbogen ist zur Erlangung eines modernen und billigen Kleides eine willkommene Weisheit. Umschlagblatt der Hausfrau enthält wertvolle Rezepte für die Küche, sorgt für eine gelegene Unterhaltung und gibt Anregung zu kostbaren Handarbeiten. Unsere Leserinnen werden den Prospekt, der unsere Zeitung heute beigegeben ist, mit besonderem Interesse lesen. Die dem Prospekt anhängende Bestellkarte ist an die Firma Neuapostolische Volksbuchhandlung in Chemnitz 1. So., Strasse 9 zu senden.

Brailiens Wirtschaftslage und die deutsch-brasilianischen Handelsbeziehungen.

19. 19. Die deutschbrasilianische Propaganda der Gegenzeit hat es sowohl in der Kriegs- wie in den ersten Nachkriegszeit verstanden, in den lateinamerikanischen Staaten gegen alles, was deutsch war und aus Deutschland kam, zu beginnen. So hatte auch Brasilien, das seine wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung doch nicht zuletzt Viermieren deutscher Arbeit und deutschen Weisheit verdankt, sich ganz im Sinne des alliierten Seindbundes eingestellt und die zahlreichen Häfen, die es vor dem Kriege mit Deutschland verbunden, verknüpft. Nach und nach revidierte man darüber seine Meinung über uns. Nicht zuletzt ist es den ständigen Verhandlungen des heutigen brasilianischen Außenministers Dr. Heinz von Weltzien, dessen wirtschaftspolitische Veröffentlichungen bereits vor Beginn seiner Amtstätigkeit weit über Brasilien hinaus Aufsehen erregten, zu verdanken, daß das Interesse der brasilianischen Handelskreise jetzt wieder in verstärktem Maße auf Deutschland gelenkt ist.

In der mit besonderer Unterstützung deutschfreundlicher brasilianischer Industriekreise, denen sich auf Veranlassung des brasilianischen Staatspräsidenten Dr. Arthur da Silva Bernandes auch die entsprechenden Regierungstellen angegeschlossen haben, in Berlin seit kurzem erscheinenden deutschbrasilianischen Monatsschrift "Brasil" wird die Lage der brasilianischen Wirtschaft im Jahre 1923 als nicht allzu befriedigend geschildert. Es wird dies auf die Erregung der Beleidshäfen infolge des im Jahre 1923 erfolgten Präsidentenwechsels zurückgeführt. Der Stand des brasilianischen Wechsels

heute, der zeitweise bis unter 20 und mehr Rennthal für das Wilhelmsdorf verhindert gab, läßt zu starken Einschränkungen unter denen naturgemäß auch Deutschland zu leiden hatte, besonders da die deutschen Waren gegen Ende des vergangenen Jahres schon auf periodischen Gebieten die Weltmarktpreise überschritten hatten. Dennoch zeigte die brasilianische Wirtschaftsstätte auch des Vorjahr, daß die deutsche Einfluß in zahlreichen Kreisen an der Spitze steht. So betrug im Monat Dezember 1923 die Einfluß an Draht aus Deutschland in Rio de Janeiro 27.814 Rollen; die Einfluß an Barren betrug aus Deutschland 17.901 Tonnen. Die Einfluß in Santos aus Deutschland betrug an Draht 44 Tonnen an Eisenblech 107 Tonnen. Die Gesamteinfluß an Eisen, nachdem die Nachfrage in den letzten Monaten sehr zurückgegangen ist, betrug in Rio 45.800 Kilo, von denen 21.000 aus Deutschland und 14.700 aus England bezogen wurden. Ein elektrisches Artikel wurde in Santos 25.711 Kilo aus Deutschland - 9.840 Kilo aus England eingeführt. Auf dem Maschinenverzeugmarkt steht Deutschland in der Einfluß noch wie vor an erster Stelle, vor allem weil es Verkäufe auf Konsignation und langfristige Kredite gewöhnt. Über Santos wurden von diesen Artikeln 20 Tonnen aus Deutschland eingeführt. Von Textilwaren kamen über Rio 5.888 Kilo aus Deutschland. Nach sachlichen Feststellungen dürften sich zur Zeit besonders gute Aussichten für den Absatz von Motorbooten und Schiffsmotoren in Brasilien eröffnen, da das Land mit seinen zahlreichen Hafenplätzen, den großen Stromen und kleineren Flüssen, die sich ostwärts in den Atlantik ergießen, für noch viel mehr derartige Fahrzeuge

zu Geschäft, Transport und Werftbedarf bestens geeignet hat. Deutschlands Einfluß an brasilianischen Erzeugnissen in den ersten sieben Monaten des vergangenen Jahres betrug nach amtlichen Angaben 16.855 Tonnen Stoffe gegen 28.848 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Obwohl ging im angegebenen Zeitraum die Einfluß von brasilianischen Gefütern leicht von 40.91 Tonnen im Jahre 1923 auf 28.88 Tonnen im Jahre 1924 zurück. Dieser Rückgang ist eine Folge der schwierigen Wirtschaftsverhältnisse und wird zweifellos sehr bald wettgemacht werden, wenn eine gefeierte Ausfuhr nach Brasilien auch eine gestiegene Einfluß aus Brasilien gestaltet.

Vermischtes.

Die deutsche Jugend und die Folgen der Blockade. Nach Messungen, die das Anthropologische Institut der Universität München ausgeführt hat und von denen Prof. U. Fischer in der "Deutschen Schule" berichtet, wiesen die Knaben im Jahre 1921 eine absolute Abnahme der Körpergröße bis zu 6,7 Zentimeter, die Mädchen bis zu 4,1 Zentimeter gegenüber den süddeutschen Durchschnittsmessungen von 1914 auf. Das Körpergewicht war bis zu 4,8 Kilogramm bei Knaben, zu 3,8 Kilogramm bei Mädchen geringer geworden. Vergleicht man die Körperbeschaffenheit der Münchener Volksschüler mit amerikanischen Altersgenossen entsprechender sozialer Schicht, so bleiben die 13jährigen Münchener Knaben hinter den Durchschnittsgröße der amerikanischen Jungen um 8,3 Zentimeter, hinter dem Durchschnittsgewicht um 7,9 Kilogramm, die 13jährigen Mädchen um 7,3 Zentimeter und 8,4 Kilogramm zurück. Messungen des Brustumfangs haben ein ähnliches ungünstiges Bild ergeben.

4 Sterne Leinenzwirn	0 ¹⁵
Stickwolle, alle Farben	0 ¹⁰
Hauschild	Lage 0 ⁶⁷
Haarnetze doppelt	0 ¹⁵
Schnürsenkel Eisengarn	0 ⁰⁸
Badeschwämme Gloria	0 ⁴⁵

Wäsche für Knaben	
Hemden mit lang. Arm	3 ⁵⁰
bestes Hemdentuch	3 ⁵⁰
Unterhosen, fest gestrickt	2 ⁷⁵
grau und weiß 2.95	2 ⁹⁵
Hosenträger, 1a Gummi	1 ²⁵
Schwarze Crawatten,	0 ⁸⁵
Seide	0 ⁰⁰
Weiche Kragen, Rips	0 ³⁵

Konfirmanden

Seldenbänder	Strickjacken
Schrüzen	Clubjacken
Schlüpfper	Strandjacken
Strümpfe	Seldenjumper
Büstenhalter, alle Weiten	2 ²⁵
Linen, geschnürt, guter Sitz	

Wäsche für Mädchen

Hemden, ausgeborgt,	3 ³⁵
la Qualität, weiß	3 ³⁵
Beinkleider, 1a Ware,	2 ⁹⁵
volle Größe	2 ⁹⁵
Prinzessröcke m. reicher	4 ⁹⁵
Stickerel	4 ⁹⁵
Unterröcke, weiß Dia-	3 ⁸⁵
gonal	4.50
Leibchen, gute Ware	1 ⁷⁵

Arbeiterhemd schwere Qual. 3³⁵

Taschentücher, gestickt	0 ³⁰
Herrensocken, stark gestrickt	0 ⁶⁰
Sportstrümpfen	2.35, 1 ⁸⁵
Bettlaken, ca. 150×220	4 ⁰⁰
Wischtücher, 48×50	0 ⁴⁸

Meinzer Etagengeschäft,

en gros
en detail Ernst-Papst-Str. 31

Kinderwäsche in großer Auswahl.

Wiss. Verein Aue.

Am 17., 18. und 25. März spricht abends 8 Uhr in der Oberrealschule

Herr Pfarrer D. h. c. Mensing, Dresden über Goethes Faust (I. u. II. Teil)

Eintritt (3 Vortr.) für Mitgli. 2.— Mk. für Nichtmitgl. 3.— Mk. Karten in Rothes Buchhandlung.

Wettiner Hof Aue

Sonnabend, den 15. März, abends 8 Uhr:
Lustspielabend des Vereins „Lohengrin“.
Einakter, Posse und Solovorträge.
Ueberraschungen und Verlosungen.
Eintritt 50 Pf.
Vorverkauf im Lokal.

Do war's schiel
Do gief's wieder hiel
Naturheilverein I., Gartenlaube
Sonnabend, den 15. März, ab 7 Uhr
Kaffee - Kränzchen.
Alle Mitglieder und Gäste sind herzlich willkommen.
Für Unterhaltung ist bestens gesorgt.
Mag Alibani und Gran.



Es liegt auf der Hand

daß das köstliche Schwarzbier ein altertümliches Röhr und Kräutler ist, denn obige Menge besten Gerstenmalzes, 1/4 Pfund oder rund 8300 Gerstenkrüter gehörten dazu, um einen halben Liter dieses alberühmten Bieres herzustellen.
Röhrbier Schwarzbier sollte auf seinem Familiennisch als tägliches Getränk fehlen.
Zustände erhielten:
Gebmann Börsig, Bierhandlung, Aue, Reichstr. 33b.
Oskar Röhr, Aue, Mehnertstr. 6
Robert Götz,
Robert Götz,
Mag Graebel,
Götz Klopfer,
G. Wülfing Wwe.,
Eugen Haas,
Helene Meier,
Paul Schäfer,
zu haben in allen Köstlichen Bierhandlungen.
Das alberühmte köstliche Schwarzbier ist hervorragend.

Prima Amerikanische Tafeläpfel

nur grobe rohfruchtige holbare Sorten in Originalpflanzen von ca. 24/25 Kilo Brutto mit ca. 20/21 Kilo Netto liefern ich aus direktem Anbau in Wagenladungen von 5000/10000 Kilo ab Hamburg nach jeweiliger Möglichkeit billig, in Tafelquanten zu 24.50 bis 28.00 Goldmark je Originalpflanze ab Herrenbr/Sa. bis auf weiteres.

Firma U. Heinze, Herrnhut/Sa.

Aus erster Hand kaufen Sie am billigsten und preiswertesten Nappa-, Glacéleder- u. Stoffhandschuhe in weiß, schwarz und farbig für Herren, Damen und Konfirmanden bei G. Schindler, Aue, Wettinerstraße 18. Kein Laden, Handschuhfabrikation, 1 Treppe Auch wird Handschuh ausgebessert, gereinigt u. gefärbt. Dasselbe ist Einkauf v. roh Zickeln.

Braune Herrenschuhsnürstiefel 18⁵⁰

la Qualität Mk. 14⁹⁰

sowie alle anderen Artikel in nur erstklassigen Qualitäten empfohlen.

Schuhhaus Korbinsky

Aue, Böhrstr. 20, II.

Empfehle in zeitgenden Mustern:

Rückstergardinen, Steigig Madrasgardinen, bunt, Steigig Halbstores

Bitragenstoff

Borden und Rester

Aue, Böhrstr. 20, II.

Blecharbeiten

1 bis 2 1/2 mm, vorwiegend abkanten bis 2 mm, bohren und nieten, noch in großen Mengen an leistungsfähigen Betrieb zu vergeben.

Moll-Werke Aktiengesellschaft Chemnitz-Ebersdorf.

Möbel

Herren- und Damen-Konfektion

Wäsche Schuhwaren

Paul Katz

Aue Bahnhofstr. 34.

Teilzahlung gestattet!

Te